

3

Stefan Luft

**Internationale Migration –
Zwischen “Braindrain”, Entwicklungshilfe
und Steuerungsversuchen**

3

Stefan Luft

Internationale Migration –
Zwischen „Braindrain“, Entwicklungshilfe
und Steuerungsversuchen

ISBN 978-3-88795-466-6

Impressum:

Publikation © 2008
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33
D-80636 München
www.hss.de
ibz@hss.de

Vorsitzender:	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.
Hauptgeschäftsführer:	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich:	Dr. Rainer Gepperth, Leiter des Instituts für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit (IBZ)
Autor:	Dr. Stefan Luft
Redaktion:	Martin Kastler, Referatsleiter „Entwicklungspolitische Grundsatzfragen und EU-Projekt koordinierung“ Henning Senger, Referat für Entwicklungspolitische Grundsatzfragen
Red. Bearbeitung:	Isabel Küfer, Presse und Öffentlichkeitsarbeit / Publikationen der Hanns-Seidel-Stiftung
Druck:	Hanns-Seidel-Stiftung, München

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopien, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Editorial

Beinahe täglich hören wir in Europa vom Problem der „illegalen Migration“. Es werden unterschiedliche Ansätze diskutiert, wie man dem begegnen kann. Aber wir verschließen auch nicht die Augen vor den Schwierigkeiten der Migranten in ihren neuen Heimaten und umgekehrt vor dem Unwissen der Einheimischen und ihrer Distanz den neuen Nachbarn gegenüber. Migration und Integration sind keine neuen Erscheinungen des 21. Jahrhunderts, sie sind eine Wirklichkeit, die seit Menschengedenken Gesellschaften prägten.

Der Begriff „Migration“ bezeichnet das Phänomen, dass Menschen ihre angestammte Heimat verlassen und sich anderswo neu ansiedeln. Manch einer sucht sein Glück in der Ferne, viele jedoch tun dies nicht freiwillig, sie werden vertrieben oder müssen fliehen. In Deutschland leben derzeit rund 15 Millionen Zuwanderer, die meisten aus der Russischen Föderation, der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien. Fast ein Drittel der Kinder ist unter fünf Jahre alt, in manchen deutschen Großstädten wie Frankfurt am Main, Stuttgart und Nürnberg sogar mehr als die Hälfte. Nicht erst seit gestern ist bekannt, dass die zweite und dritte Generation von Zuwandererfamilien oft wesentlich schlechter integriert ist als die erste. Daher wurden die Integrationsbemühungen der Bundes- und Landesregierungen sowie der Kommunen in den letzten Jahren wesentlich verstärkt. Der Nationale Integrationsplan der deutschen Bundesregierung stellt die Integrationspolitik in Deutschland auf eine neue Grundlage: Alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – sowie Vertreter der Bürgergesellschaft und von Migranten verständigten sich dabei auf eine nachhaltige Integrationspolitik.

Das Hauptproblem einer fehlenden Integration ist die mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache. Sie ist Dreh- und Angelpunkt für Bildungs- und Ausbildungschancen und damit für die Zukunftschancen junger Migranten. 2006 und 2007 fanden im Bundeskanzleramt in Berlin, von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel initiiert, Integrationsgipfel statt. Damit begann ein Dialog mit unterschiedlichen Gruppen und Akteuren wie Arbeitgeber und Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände und Stiftungen, Medien, Kulturschaffende, Sportverbände und eben Migranten selbst. Alle nationalen oder europäischen Initiativen werden allerdings wenig von Erfolg gekrönt sein, wenn die Migranten selbst nicht mitwirken und sich statt dessen in eigene Parallelgesellschaften zurückziehen.

Eine im Oktober 2007 veröffentlichte Studie des Heidelberger Instituts Sinus Sociovision zeigt in seinen Ergebnissen deutlich wie die Lebenswelten von Migranten in sogenannten

„Migranten-Milieus“ entstehen.¹ Eines ist unübersehbar: Europa ist ein Einwanderungskontinent, wie unlängst auch der für Justiz und Sicherheit zuständige EU-Kommissar Franco Frattini betonte. Dieser will mit seinen europäischen Initiativen wie der „Blue Card“ vor allem hochqualifizierte Einwanderer nach Europa locken. Doch bleibt das Problem bestehen, wie Europa, wie Deutschland mit weniger qualifizierten Einwanderern und Migranten am sinnvollsten umgehen soll.

Eine erfolgreiche Integration kann nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen und geleistet werden. Gerade die Hanns-Seidel-Stiftung als deutsche politische Stiftung, deren Engagement auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes steht, sieht eine ihrer Aufgaben im Hinblick auf Migration und Integration darin, die gesellschaftliche Diskussion hier wie auf europäischer Ebene aus ihrer christlich-sozialen Verantwortung heraus mit zu führen. Auch die Entwicklungspolitik ist ein Stück weit Innenpolitik und damit auch Migrations- und Sozialpolitik. Papst Benedikt XVI. gab anlässlich des Welttages der Migranten und Flüchtlinge am 13. Januar 2008 bekannt, dass es „die größte Herausforderung sei, jungen Menschen zu helfen, [...] sich das anzueignen, was ihrer menschlichen kulturellen und beruflichen Bildung diene.“ Dies, so der Heilige Vater, sei die „nötige Grundlage für eine korrekte Eingliederung in die neue soziale, kulturelle und berufliche Umwelt“². In diesem Sinn unterstützt die Hanns-Seidel-Stiftung seit vielen Jahren weltweit Berufsbildungsmaßnahmen, um jungen Menschen berufliche und persönliche Perspektiven durch eine solide Ausbildung zu eröffnen. Der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Christian Ruck, forderte in diesem Zusammenhang eine „effektive Entwicklungszusammenarbeit mit der die Lebensbedingungen und Lebensperspektiven der Menschen – insbesondere auf dem Nachbarkontinent Afrika – verbessert werden könnten“.³

„Internationale Migration – zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen“ war der Titel einer Expertentagung am 6. Dezember 2007 in Brüssel, die das entwicklungspolitische Europabüro der Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltete. Mit dieser neuen Ausgabe der Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit dokumentieren wir den Vortrag und möchten zur Diskussion anregen.

¹ Die Studie entstand im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg. Die Ergebnisse sind im Internet unter: <http://www.sinus-sociovision.de> abrufbar.

² Botschaft von Papst Benedikt XVI. im deutschen Wortlaut in: „Die Tagespost“, Nr. 48 vom 01.12.2007, S. 13.

³ Dr. Christian Ruck, MdB, Pressemitteilung vom 16.02.2007.

Der Wissenschaftler Dr. Stefan Luft, der als Politologe an der Universität Bremen forscht und lehrt, bringt in diesem Band sehr deutlich das Spannungsfeld zum Ausdruck, in dem sich die Verantwortlichen in Deutschland und auch Europa bewegen. Er definiert die Entwicklung internationaler Migration, nennt Ursachen und beschreibt deren unterschiedliche Bedeutung für die Herkunftsländer wie für die Zielländer. Besonderes Augenmerk richtet er auf die Wanderbewegungen Hochqualifizierter und die damit verbundenen Auswirkungen bevor er abschließend Zuwanderung und Integration am Beispiel Deutschlands problematisiert.

Martin Kastler

„Internationale Migration – Zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen“

Der Beitrag umfasst einleitend einige Stichworte zur Entwicklung internationaler Migration und zu deren Ursachen. Im Anschluss wird auf die Bedeutung von Migration für die Abgabeländer eingegangen und dies am Beispiel der Türkei konkretisiert. Schließlich geht es um die Wanderung Hochqualifizierter und ihre Auswirkungen. Abschließend werden Probleme der Zuwanderung und der Integration behandelt und Schlussfolgerungen daraus benannt.

1. Zur Entwicklung internationaler Migration

Bei einer gegenwärtigen Weltbevölkerung von rund 6,4 Milliarden Menschen⁴ leben rund 191 Millionen außerhalb ihres Geburtslandes und gelten daher als Migranten.⁵ Das entspricht einem Anteil von drei Prozent.

Zwischen 1980 und 2000 stieg die Zahl der Migranten in entwickelten Ländern von 48 auf 110 Millionen an, in Entwicklungsländern im gleichen Zeitraum von 52 auf 65 Millionen.⁶

In den Entwicklungsländern ist die Einwanderungsrate stark zurückgegangen, in den entwickelten Ländern (ohne die Nachfolgestaaten der UdSSR) stark angestiegen. 33 der 36 Millionen Menschen, die zwischen 1990 und 2000 ihre Heimat verlassen haben, sind in ein Industrieland ausgewandert.⁷ Die Bundesrepublik Deutschland gehört im europäischen Vergleich zu den Staaten mit den höchsten Zuwanderungszahlen. 1991 bis 2003 lag sie mit rund 13 Millionen Zuzügen vor Großbritannien (4,9 Millionen) und Italien (2,3 Millionen).⁸

Warum Wanderungsprozesse entstehen, sich dynamisch fortentwickeln oder zurückgehen, dafür gibt es stets eine Vielzahl von Ursachen (außer bei Formen von Zwangsmigration). So spricht die *Weltkommission für internationale Migration der Vereinten Nationen* von den „3D-Faktoren“: *development*, *demography* und *democracy*. Da die globalen Unterschiede in

⁴ Nach Angaben der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung http://www.weltbevoelkerung.de/pdf/fs_entwicklung.pdf [6. April 2007], vgl. Müller-Schneider, Thomas: *Zuwanderung in westliche Gesellschaften. Analyse und Steuerungsoptionen*, Opladen 2000, S. 19 ff.

⁵ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.): *Weltbevölkerungsbericht 2006*, Hannover 2006, S. 5

⁶ Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): *Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für internationale Migration*, Berlin 2005, S. 84

⁷ vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.): *Weltbevölkerungsbericht 2006*, Hannover 2006, S. 7

⁸ vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Migrationsbericht 2005*, S. 109; vgl. Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf: *Zuwanderung nach Deutschland: Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*, Frankfurt am Main 1999, S. 16 ff.

Hinsicht auf diese Faktoren absehbar zunehmen, sei mit einer Zunahme internationaler Migration zu rechnen.⁹

1.1. Zu den Ursachen von Migration

Grundsätzlich wird zwischen push- und pull-Faktoren unterschieden.¹⁰ Zu den Abstoßungsfaktoren (push-Faktoren) gehören politische und militärische Konflikte, Umweltkrisen, die Bevölkerungsentwicklung in den Abgabeländern sowie das Verhalten der Regierungen der Abgabeländer. Anziehungskräfte (pull-Faktoren) werden ausgeübt durch zunehmende internationale wirtschaftliche Disparitäten und durch deren weltweite Wahrnehmung durch Verbreitung von Bildern des westlichen Lebensstils mittels elektronischer Massenmedien. Potentielle Zielländer internationaler Migration geben politische Signale ab, die entweder von den Migrationswilligen selbst oder intermediären Organisationen (wie Schleuserorganisationen) wahrgenommen und interpretiert werden. Schließlich erzeugen oder verstärken die Aufnahmeländer durch Anwerbemaßnahmen oder Legalisierung von illegal Zugewanderten die Anziehungskräfte. Von Bedeutung sind auch Möglichkeiten für Zuwanderer, an sozialstaatlichen Leistungen zu partizipieren.¹¹

Abstoßungs- und Anziehungskräfte verstärken sich häufig gegenseitig. Dabei können sie unterschiedliche Dimensionen haben: Abstoßungskräfte (insbesondere aus ländlichen Regionen) können aufgrund schlechter (Über-)Lebensbedingungen stärker ausgeprägt sein als die Anziehungskräfte der urbanen Zentren (wenn beispielsweise Arbeitsplätze dort nicht in der notwendigen Zahl vorhanden sind).¹²

Push- und pull-Faktoren reichen allerdings zur Erklärung nicht aus: Es müssen auch die Gelegenheitsstrukturen für Wanderungen vorhanden sein – bei fehlender Realisierungsmöglichkeit wirken sich auch starke Abstoßungs- oder Anziehungskräfte nicht entscheidend aus.

Die Zunahme weltweiter Mobilität durch Eisenbahn, Auto und Flugverkehr stellt eine wesentliche Bedingung der Möglichkeit massenhafter internationaler Migration dar. Geografische Nähe spielt weiterhin eine Rolle in Migrationsprozessen (Italiener in Frankreich und der Schweiz, Mexikaner in den USA), ihre Bedeutung wird aber zunehmend relativiert:

⁹ vgl. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für internationale Migration, Berlin 2005, S. 12

¹⁰ vgl. Lee, Everett S.: Eine Theorie der Wanderung, in: Széll, György (Hrsg.): Regionale Mobilität, München 1972, S. 115-129; Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl, Wiesbaden 2004, S. 101 ff.; Müller-Schneider: Zuwanderung, S. 97 ff.

¹¹ vgl. Haug, Sonja; Sauer, Leonore: Bestimmungsfaktoren internationaler Migration. Ein Überblick über Theorien zur Erklärung von Wanderungen, in: soFid Migration und ethnische Minderheiten 2006/1, S. 12

¹² vgl. Germani, Gino: Migration und Akkulturation, in: Atteslander, Peter; Hamm, Bernd: Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974, S. 301 ff.

Geografische Distanzen stellen keine grundsätzlichen „intervenierenden Hindernisse“¹³ mehr für Wanderungen dar.¹⁴ Die Zahl jener, die über die materiellen Voraussetzungen verfügen, von den Transportmöglichkeiten Gebrauch zu machen, steigt.

Ein zunehmendes internationales Entwicklungsgefälle¹⁵ gehört weiterhin zu den Ursachen für Wanderungsprozesse. Einerseits ist der Anteil der Weltbevölkerung, der in Armut lebt „in den letzten 50 Jahren schneller gefallen als in den 500 Jahren zuvor“, andererseits nehmen die Disparitäten (gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner) international (wie auch national) kontinuierlich zu.¹⁶

Das Lohngefälle ist erheblich. Migranten aus Niedriglohnländern können in den entwickelten Industriestaaten Löhne erzielen, die 20 bis 30mal höher liegen als jene im Herkunftsland.¹⁷ Deshalb fehlt Arbeitskräften aus Billiglohnländern selbst in Fällen von Lohnwucher, in denen sie im Rahmen fingierter Werkvertragsverhältnisse äußerst geringe Löhne erhalten, das Unrechtsbewusstsein (als Opfer), was die Arbeit der Ermittlungsbehörden erschwert.¹⁸

„Kettenwanderung“ kann als „universelle und wahrscheinlich auch die quantitativ bedeutendste Form der Migration“ (Friedrich Heckmann) bezeichnet werden.¹⁹ Landsleute (Verwandte, Freunde) aus der Herkunftsregion folgen bereits Ausgewanderten (Pionieren, die Brückenköpfe bilden) ins Aufnahmeland nach. Die Folge ist häufig die Bildung ethnisch homogener Einwandererkolonien. Kettenwanderung, zu der auch der Familiennachzug gehört, ist – einmal in Gang gesetzt – ein dynamischer und sich selbst verstärkender Prozess. So kann die Zuwanderung von „Gastarbeitern“ in die Bundesrepublik als „Vorwanderung“ verstanden werden, die sich über Jahrzehnte erstreckende Wanderungsprozesse auslöste.²⁰

¹³ Lee, Everett S.: Eine Theorie der Wanderung, in: Széll, György (Hrsg.): Regionale Mobilität, München 1972, S. 120

¹⁴ vgl. Ravenstein, E. G. Die Gesetze der Wanderung, in: György: Regionale Mobilität, S. 41-94; Kalter, Frank: Wohnortwechsel in Deutschland. Ein Beitrag zur Migrationstheorie und zur empirischen Anwendung von Rational-Choice-Modellen, Opladen 1997, S. 23 ff.; Müller-Schneider: Zuwanderung, S. 112

¹⁵ vgl. Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim: Gastarbeiter und soziale Spannungen, in: Reimann, Helga; Reimann, Horst (Hrsg.): Gastarbeiter. Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems, Opladen 1987, S. 48; ders.: Weltbevölkerungswachstum und internationale Migration, in: Steinmann, Gunter; Zimmermann, Klaus F.; Heilig, Gerhard (Hrsg.): Probleme und Chancen demografischer Entwicklung in der Dritten Welt, Heidelberg 1989, S. 241-261

¹⁶ vgl. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Migration, S. 12

¹⁷ vgl. ebd.

¹⁸ vgl. Haake, Eberhard: Herausforderungen und Problemlagen bei konkreten Ermittlungsverfahren – Handlungserfordernisse im Bereich Schwarzarbeit, in: Kass, Rüdiger: Grenzschutz in einem offenen Europa – die grenzpolizeiliche Arbeit der Bundespolizei, in: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Illegale Migration. Gesellschaften und polizeiliche Handlungsfelder im Wandel (= Beiträge der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes vom 14. bis 16. November 2006), Wiesbaden 2007, S. 111

¹⁹ Heckmann, Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992, S. 99; ein soziologisches Erklärungsmodell bei: Haug, Sonja: Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 31), Opladen 2006 S. 107 ff.

²⁰ vgl. Müller-Schneider: Zuwanderung, S. 106

Entscheidende Voraussetzung für die Kettenwanderung sind Kommunikationsprozesse, Informationsströme und Netzwerke.

2. Bedeutung für die Abgabeländer

Abgabeländer beeinflussen das Wanderungsverhalten durch mehr oder weniger restriktiv gestaltete Ausreisemöglichkeiten. „Reisefreiheit“ gehört zu den in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen kodifizierten Menschenrechten, ist aber, wie das 20. Jahrhundert gezeigt hat („Eiserner Vorhang“), keine Selbstverständlichkeit.

Abgabeländer wirken nicht selten auf Aufnahmeländer ein, Zugangsmöglichkeiten zu eröffnen. Sie versprechen sich von einer (zeitlich befristeten) Auswanderung eigener Staatsangehöriger dringend benötigte Devisen zur Entlastung der Zahlungsbilanz: Die finanziellen Transferleistungen von Migranten sind von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der Herkunftsregionen und wurden und werden von den Entsendeländern gezielt genutzt.

Für 2002 werden die Finanztransfers von Migranten in Entwicklungsländer auf 149,4 Milliarden US-Dollar geschätzt.²¹ Sie übersteigen damit die weltweiten öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit um mehr als das Doppelte.²²

Die Bedeutung der Überweisungen in die Herkunftsländer wird am jeweiligen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Gross domestic product, GDP) von Entwicklungsländern deutlich:

International Migration Outlook - ISBN 92-64-03627-X - © OECD 2006

Part III					
Country	Remittances as % of GDP	Country	Remittances as % of GDP	Country	Remittances as % of GDP
Tonga	41,9	Albania	15,6	Uganda	9,2
West Bank and Gaza	36,7	FYROM	15,2	Guatemala	8,9
Lesotho	25,8	Nicaragua	14,6	Pakistan	8,9
Jordan	24	El Salvador	14,5	Morocco	8,8
Cape Verde	23,3	Republic of Yemen	12,5	Georgia	8,3
Moldova	22,8	Dominican Republic	11,7	Sri Lanka	7,9
Vanuatu	18,4	Ghana	11,3	Latvia	7,5
Bosnia and Herzegovina	18,4	Armenia	11,2	Sudan	7,2
Guyana	18,2	Honduras	11,1	Ethiopia	6,8
Jamaica	16,7	Philippines	9,9	Bangladesh	6,6

Note: "Remittances" refer to the sum of the "compensation of employees", "worker's remittances", and "other current transfers in other sectors".

Source: IMF, *Balance of Payments Statistics Yearbook*, 2003; World Bank, *World Development Indicators*, 2003.

Quelle: „International Migrant Remittances and their Role in Development“, in: International Migration Outlook, SOPEMI, Annual Report 2006, S. 142

²¹ vgl. „International Migrant Remittances and their Role in Development“, in: International Migration Outlook, SOPEMI, Annual Report 2006, S. 141

²² vgl. Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP und Bündnis 90/ Die Grünen: Diaspora – Potentiale von Migrantinnen und Migranten für die Entwicklung der Herkunftsländer nutzen, Drs. 16/4164 vom 31. Januar 2007

Rücküberweisungen²³ sind ein wichtiger Hinweis auf die Existenz von Netzwerken.²⁴ Sie stimulieren Kettenwanderungen, weil sie einen (nicht immer berechtigten) Eindruck vom Lebensstandard im Aufnahmeland bzw. des Auswanderers vermitteln.

Potentielle Abgabeländer setzen ihr Wanderungspotential auch als Druckmittel ein: So wurden in den 1990er Jahren Szenarien erheblicher Zuwanderungsgrößen von Regierungen potentieller Herkunftsländer gezielt eingesetzt, um westliche Länder zu Zugeständnissen und vor allem wirtschaftlicher Unterstützung zu veranlassen.²⁵

2.1. Das Beispiel Türkei

Die Interessen der Abgabeländer sollen am Beispiel der türkisch-deutschen Wanderungsbeziehungen skizziert werden:

Die Initiative für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen ging, was wenig bekannt ist, von der Türkei aus.²⁶ Die Türkei hatte ein erhebliches Interesse daran, einen Teil der rasch anwachsenden Bevölkerung befristet als Gastarbeiter ins Ausland zu schicken.²⁷ Neben der Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes versprach sie sich zu Recht dringend benötigte Deviseneinnahmen sowie einen Modernisierungsschub durch zurückkehrende Gastarbeiter, die sich entsprechende Qualifikationen angeeignet haben würden. Rund 77 Prozent der Erwerbstätigen waren damals in der Landwirtschaft tätig, nur etwa zehn Prozent in der Industrie.²⁸

Man wolle als NATO-Mitglied insbesondere gegenüber Griechenland – mit dem ein Anwerbeabkommen im März 1960 geschlossen worden war – nicht diskriminiert werden, ließ der Vertreter der türkischen Botschaft in Bonn im Dezember 1960 wissen.²⁹ Die deutsche Bundesregierung hatte zunächst keine Notwendigkeit gesehen, auch noch mit der Türkei oder anderen außereuropäischen Ländern ein Abkommen zu schließen, man wollte sich auf Arbeitskräfte aus Europa beschränken. Aus außenpolitischen Rücksichten – die Türkei sicherte

²³ vgl. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Migration, S. 26 ff.; vgl. das Kapitel „International Migrant Remittances and their Role in Development“, in: International Migration Outlook, SOPEMI, Annual Report 2006, S. 139-161

²⁴ vgl. Boyd, Monica: Family and personal networks in international Migration: Recent Developments and new Agendas, in: IMR 23 (1989), S. 650 f.

²⁵ vgl. Bade, Klaus J.: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000, 386 f.

²⁶ Als erster bearbeitete die Quellen: Steinert, Johannes-Dieter: Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945-1961, Osnabrück 1995, S. 307 f.

²⁷ Şen, Faruk: Türkische Arbeitnehmerschaften. Gründung, Struktur und wirtschaftliche Funktion der türkischen Arbeitnehmerschaften für die sozioökonomische Lage der Türkei, Frankfurt/Main 1980, S. 38

²⁸ vgl. ebd., S. 305

²⁹ Steinert: Migration und Politik, S. 307

die Südost-Flanke der NATO - entschied man sich allerdings anders.³⁰ Dass die Anwerbevereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland auf Initiative und Druck der türkischen Regierung zustande kam, bleibt in der Literatur meist unerwähnt. Als Grund für die Arbeitsmigration wird in der gängigen Lesart auf den Arbeitskräftebedarf der westdeutschen Wirtschaft verwiesen.³¹

Das Interesse in der Türkei an einer Zuwanderung war seit Beginn der 1960er Jahre groß und blieb es über die Jahrzehnte.³² Die Türkei hatte das niedrigste Bruttosozialprodukt aller größeren Entsendeländer.³³ Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und nicht entsprechender Wirtschaftsentwicklung überstieg das Arbeitskräfteangebot den Bedarf der einheimischen Wirtschaft erheblich, kam es zu einer „hohen Unterbeschäftigung mit nahezu unbegrenzten Arbeitskräftereserven.“³⁴ Die Förderung des „Exports“ von Arbeitskräften wurde von der türkischen Politik seit den 1960er Jahren als „eine wesentliche beschäftigungspolitische Maßnahme eingesetzt.“³⁵ Das „Ventil“ Arbeitsmigration war für die Türkei von existenzieller Bedeutung.³⁶

So ließen sich von 1961 bis 1973 viermal so viele Bewerber bei der „Deutschen Verbindungsstelle“ der *Bundesanstalt für Arbeit* registrieren, wie tatsächlich vermittelt

³⁰ Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001, S. 251 ff.

³¹ So fehlt sowohl bei Klaus J. Bade: Europa in Bewegung, München 2000 als auch bei Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München 2001, jeglicher Hinweis auf die 1995 veröffentlichten Forschungsergebnisse von Steinert; die gängige Lesart u.a. auch bei: Gümrükçü, Harun: Beschäftigung und Migration in der Türkei. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Auswanderung auf die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 104) Nürnberg 1986, S. 124; ebenso bei Ghadban, Ralph: Reaktionen auf muslimische Zuwanderung in Europa, in: APuZ 26/2003, S. 30

³² vgl. Şen, Faruk: Türkische Arbeitermergesellschaften. Gründung, Struktur und wirtschaftliche Funktion der türkischen Arbeitermergesellschaften für die sozioökonomische Lage der Türkei, Frankfurt/Main 1980, S. 33 ff.

³³ vgl. Rademacher, Manfred: Die wirtschaftlichen, sozialen, demografischen und politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern als Determinanten individueller Auswanderungsentscheidungen, dargestellt am Beispiel einzelner Länder, in: Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e.V. (Hrsg.): Die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Auswirkungen ihrer Mobilität und deren Bedeutung für die Bevölkerungsvorgänge, o. O. 1972, S. 113

³⁴ ebd.

³⁵ Gümrükçü, Harun: Beschäftigung und Migration in der Türkei. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Auswanderung auf die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 104), Nürnberg 1986, S. 2

³⁶ vgl. ebd., S. 124

wurden.³⁷ Der Überschuss an Arbeitskräften in der Türkei belief sich 1972 auf 1,6 Millionen, 1977 lag er bei 2,2 Millionen.³⁸

Die von der türkischen Regierung erwarteten und eingeplanten Deviseneinnahmen trafen auch tatsächlich ein: Alleine 1972 überwiesen die türkischen Arbeitnehmer 2,1 Milliarden DM in ihr Heimatland, womit das Handelsbilanzdefizit der Türkei von 1,8 Milliarden DM überkompensiert wurde.³⁹ Auch 1973 überstiegen die Devisentransfers die Außenhandelsdefizite der Türkei.⁴⁰

Der Devisenmangel war die Hauptursache für die Probleme der Türkei bei der Finanzierung des Imports vor allem von Investitionsgütern. Die Überweisungen der Gastarbeiter wurden staatlicherseits als einer der Hauptgründe für die Erreichung der Planziele genannt.⁴¹ Der „Arbeitskräfteexport der Türkei [spielte] eine hervorragende Rolle für die Industrialisierung des Landes in der langfristigen Planungsperiode 1963-1977 (...) Angesichts des chronischen Devisenmangels der Türkei – wie im Falle der meisten Entwicklungsländer – kann ihre Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Neben der Entlastung des Arbeitsmarktes ist damit in den Deviseneinnahmen der bedeutendste ökonomische Nutzen des Arbeitskräfteexports zu sehen.“⁴² Seit 1963 rechnete die türkische Regierung fest mit den Deviseneinnahmen durch die Gastarbeiter.

3. Zur Wanderung Hochqualifizierter

Die Wanderung Hochqualifizierter⁴³ stellt zunächst einen Gewinn für die Aufnahmeländer⁴⁴ dar und in den meisten Fällen einen Verlust für die Herkunftsländer. Dabei ist der „Braindrain“ kein Phänomen, das erst im Zuge der Globalisierung der zurückliegenden zwei bis drei Jahrzehnte aufgetreten wäre.

Das 20. Jahrhundert muss auch als das „Jahrhundert der Flüchtlinge“⁴⁵ bezeichnet werden. Millionen von Menschen wurden Opfer von Genoziden und Massenmorden, wurden deportiert, vertrieben, um- und angesiedelt.

³⁷ Jamin, Mathilde: Die deutsche Anwerbung: Organisation und Größenordnung, in: Eryilmaz, Aytac; Jamin, Mathilde: Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998, S. 151

³⁸ vgl. Bahadir, Sefik Alp: Vor- und Nachteile der Wanderung von Arbeitskräften für die türkische Volkswirtschaft, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 11, 4/1978, S. 475

³⁹ vgl. Voigt, Fritz: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der ausländischen Arbeitskräfte, in: Althammer, Walter (Hrsg.): Das Gastarbeiterproblem. Rotation? Integration? Arbeitsplatzverlagerung? (= Südosteuropa-Studien, 23), München 1974, S. 31

⁴⁰ vgl. Bahadir: Vor- und Nachteile der Wanderung von Arbeitskräften für die türkische Volkswirtschaft, S. 477 f.

⁴¹ vgl. ebd.

⁴² ebd., S. 478

⁴³ zur Definition vgl. Hunger: Vom Braindrain zum Brain Gain, S. 17 f.

⁴⁴ zu den USA: vgl. ebd., S. 35 ff.; Hillmann: Migration als räumliche Definitionsmacht? Beiträge zu einer neuen Geographie der Migration in Europa, Stuttgart 2007, S. 50 ff.

Die Folgen für alle Vertreiberstaaten waren ein starker Verlust an kulturellem Reichtum und ein erheblicher „Braindrain“. Das gilt für die Vertreibung und Vernichtung der Deutschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“, das gilt auch für die „Russländischen Emigranten in Europa seit 1917“⁴⁶. Über sie schreibt der Historiker Karl Schlögel in der jüngst erschienenen „Enzyklopädie Migration in Europa“: „Während der große Exodus für Russland mit einem ungeheuren Verlust an Talenten, Können, Intelligenz, Know-how einherging, haben die Aufnahmeländer von der Ankunft russländischer Emigranten grosso modo bei allen Unkosten und Konflikten profitiert. Die Flucht russländischer Künstler, Schriftsteller, Designer oder Musiker hat dem kulturellen Leben vieler Gastländer entscheidende Impulse gegeben – angefangen von der Gründung von Opernhäusern und Ballettkompanien (Konstantinopel) über den Import von Tänzern, Choreographen, Bühnenbildnern von Weltformat (Paris, La Scala in Mailand, Monte Carlo), die Impulse von Designern und Modeschöpfern (Berlin und Paris) bis hin zur Errichtung von wissenschaftlichen Instituten und Gelehrtenvereinigungen (Berlin, Prag, Belgrad). (...) Viele der Künstler, Schriftsteller, Gelehrten haben in der Neuen Welt schulbildend gewirkt und mit dem reichen kulturellen Erbe Russlands und des Alten Kontinents die Neue Welt bereichert. Das gilt im Übrigen für alle drei Wellen der Emigration, in denen politisches Exil und ‚Braindrain‘ offensichtlich Hand in Hand gegangen sind.“⁴⁷

Die Auswirkungen der Migration Hochqualifizierter müssen differenziert betrachtet werden. Generelle Aussagen, wonach hier von „win-win-Situationen“ für Herkunfts- und Aufnahmeländer zu sprechen sei, so dass auf diese Weise ökonomisch-soziale Unterschiede im Laufe der Zeit verblasen, sind ebenso wenig haltbar wie die Interpretation, die Wanderung Hochqualifizierter sei lediglich ein Ausdruck des Ausbeutungsverhältnisses zwischen reichen Industrienationen und armen Entwicklungsländern und verfestige das einseitige Abhängigkeitsverhältnis.⁴⁸

Wichtig sind folgende Feststellungen:

⁴⁵ vgl. den gleichnamigen Aufsatz von Carl G. Wingenroth: „Das Jahrhundert der Flüchtlinge“, in: Außenpolitik, H. 8/1959, S. 491-499; zur Gesamtproblematik u. a.: Opitz, Peter J. Das Weltflüchtlingsproblem. Ursachen und Folgen, München 1988, S. 12 ff.

⁴⁶ Schlögel, Karl: Art. „Russländische Emigranten in Europa seit 1917“, in: Bade, Klaus J. et al. (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2007, S. 914-922

⁴⁷ ebd., S. 921

⁴⁸ vgl. Braun, Gerald; Topan, Angelina: Internationale Migration. Ihre Folgen für die Ursprungsländer und Ansätze eines Migrationsregimes, Sankt Augustin 1998 (= Interne Studien Nr., 153/1998 der Konrad-Adenauer-Stiftung), S. 21 ff.; Hunger, Uwe: Vom Braindrain zum Brain Gain. Die Auswirkungen der Migration von Hochqualifizierten auf Abgabe- und Aufnahmeländer, hrsg. vom Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2003, S. 11 ff.

a. Ein „globaler Wettbewerb um die besten Köpfe“, wie er immer wieder beschworen wird, bleibt eine Chimäre, mit der die eigentlichen Interessen und Mechanismen verschleiert werden: Wettbewerb kann sinnvoller Weise nur unter ungefähr gleich Starken und von gleichen Startpositionen aus stattfinden. Deswegen gibt es keinen globalen Wettbewerb um „Humankapital“, sondern lediglich eine Konkurrenz unter den entwickelten Industriestaaten um die in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgebildeten Hochqualifizierten.

b. Viele – vor allem afrikanische und auch mittelamerikanische – Länder verlieren durch die Abwerbung ihres Nachwuchses zunehmend das Potential, das sie mittel- und langfristig dringend benötigen, um ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzubringen und nicht weiter zurückzufallen. „Die Auswanderungsquoten Hochqualifizierten in OECD-Länder liegen hier bei über 25 % bis hin zu mehr als 50 %, was ein ‚Ausbluten‘ dieser Länder nahe legt.“⁴⁹ Nach Angaben der Weltbank „fallen Entwicklungsländer mit einer Gesamtbevölkerung von etwa zwei Milliarden Menschen in ihren Entwicklungsbestrebungen weiter zurück und laufen Gefahr, außer als Quelle von Arbeitsmigranten, in der Weltwirtschaft marginalisiert zu werden.“⁵⁰

Alleine zwischen 1985 und 1990 verlor der afrikanische Kontinent rund 60.000 Hochqualifizierte, jährlich wandern weiterhin rund 20.000 aus.⁵¹ So berichtet die „Weltkommission für Internationale Migration“: „Die Migration von beruflich qualifiziertem Personal hat in Subsahara-Afrika große Auswirkungen gehabt. Seit dem Jahr 2000 beispielsweise haben sich alleine in Großbritannien fast 16.000 afrikanische Krankenpfleger und –pflegerinnen zur Arbeit angemeldet. Nur noch 50 der 600 seit der Unabhängigkeit Sambias ausgebildeten Ärzte praktizieren noch dort. Und es wird geschätzt, dass zurzeit mehr Ärzte aus Malawi in der nordenglischen Stadt Manchester praktizieren als in ihrem Heimatland.“⁵²

c. Es gibt nicht nur einen Braindrain, sondern auch eine „brain circulation“, d.h. es gibt für einzelne Länder unter bestimmten Bedingungen auch positive Aspekte – nämlich dann, wenn die Hochqualifizierten zurückkehren und / oder transnationale Netzwerke bilden und in diesem Rahmen in den Herkunftsländern selbst investieren oder Investitionen induzieren. Das gilt für den IT-Sektor für Indien. Hier verfügt das Land, das noch vor wenigen Jahren einer der größten Empfänger von Entwicklungshilfegeldern war, heute über „die attraktivsten und

⁴⁹ ebd., S. 18

⁵⁰ Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Migration, S. 21

⁵¹ vgl. Hillmann, Felicitas: Migration als räumliche Definitionsmacht? Beiträge zu einer neuen Geographie der Migration in Europa, Stuttgart 2007, S. 43

⁵² Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Migration, S. 24

dynamischsten Zentren der Technologieentwicklung in der Welt“.⁵³ Ähnlich positive Effekte sind auch für China und Taiwan dargestellt worden.⁵⁴

Diese positiven Entwicklungen hängen nicht nur von der Größe der jeweiligen Auslandspopulation und ihrem wirtschaftlichen Erfolg ab.⁵⁵ Ebenso wichtig sind die strukturellen Voraussetzungen im Herkunftsland – politische Stabilität, Investitionssicherheit und wirkungsvolle Programme zur Rückkehrförderung.

Offensichtlich kommt es hier zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen Gruppen von Abgabeländern. Deshalb müssen auch hinsichtlich der Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte entwicklungspolitische Überlegungen wesentlich stärker als bisher die Politik westlicher Industriestaaten bestimmen. Das gilt sowohl für jene Gruppe der Schwellenländer, bei denen die Wanderung Hochqualifizierter positive Auswirkungen zeitigt als auch für jene, bei denen Herwig Birg zu recht von „demographischer Ausbeutung“ und „demographischem Kolonialismus“⁵⁶ spricht. Deshalb muss unter anderem geprüft werden, ob es wirklich verantwortbar ist, in westlichen Ländern ausgebildetes Personal aus Entwicklungsländern – vor allem in der Medizin – im Lande zu halten oder ob es nicht sinnvoller wäre, eine Rückkehr dieser Personen in ihre Herkunftsländer zu fördern.

3.1. Auswirkungen auf die Aufnahmestaaten

In der Green-Card-Debatte der Jahre 2000 ff. in Deutschland fand nur geringe Aufmerksamkeit, dass die Anwerbung Hochqualifizierter auch Auswirkungen auf den einheimischen Arbeitsmarkt hat. Die Verbände der Informationstechnik-Branche hatten für 1999 den ungedeckten Bedarf an Computerfachleuten auf 75.000 Personen beziffert. Fachleute aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der *Bundesanstalt für Arbeit* hielten diese Zahlen damals für zu hoch gegriffen⁵⁷ - „politische“ Zahlen, die die Situation dramatisieren, dem Wunsch nach jungen, bereits ausgebildeten ausländischen Arbeitskräften mehr Nachdruck verleihen und den Druck auf die Politik erhöhen sollten. Im September 1999 waren in Deutschland 15.600 arbeitslose Computerfachleute registriert. Gleichzeitig waren im Februar 2000 bei den Arbeitsämtern 10.800 offene Stellen gemeldet.⁵⁸

⁵³ Hunger: Vom Braindrain, S. 24

⁵⁴ ebd., S. 28 ff.

⁵⁵ vgl. ebd., S. 56

⁵⁶ Birg, Herwig: Dynamik der demographischen Alterung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2003, S. 16

⁵⁷ Vgl. Dostal, Werner: „Green Card“ für Computerfachleute: Anwerbung kann Ausbildung nicht ersetzen, IAB-Kurzbericht Nr.3/ 4. April 2000, S. 1f.

⁵⁸ vgl. ebd.

Die Gründe hierfür sind unter anderem darin zu sehen, dass die Arbeitsstrukturen und Arbeitsbelastungen in vielen Fällen derart überzogen sind, dass die betroffenen Mitarbeiter bereits um die 40 nicht mehr die geforderten Leistungen erbringen können. Sie sind verbraucht, ihr Wert als „Humankapital“ scheint für viele Unternehmen nur mehr so gering, dass sie in den Vorruhestand geschickt, entlassen oder als Arbeitsuchende nicht mehr eingestellt werden. In einer Analyse des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* heißt es: „Jungen, gut qualifizierten IT-Fachleuten stehen alle Möglichkeiten offen, während ältere und schlechter qualifizierte aus der Beschäftigung herausgedrängt werden.“⁵⁹ In Hamburg standen im März 2000 1.000 unbesetzte Stellen in der Informations- und Kommunikationstechnologie 700 Arbeitslose mit passenden Kenntnissen gegenüber. Allerdings: 80 Prozent von ihnen waren älter als 40 Jahre. Der Leiter der Arbeitsvermittlung im Hamburger Arbeitsamt stellte fest: „Ob wir wollen oder nicht - wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gerade in der Multimediawirtschaft Bewerber über 40 geringe Chancen haben.“⁶⁰ Das Phänomen der Altersdiskriminierung ist in diesem Zusammenhang auch in den USA ein Thema.⁶¹ Felicitas Hillmann berichtet: „Die Angst vor *age-discrimination* setzt inzwischen sehr früh ein. Wer Mitte 30 ist und Familie hat und nicht mehr in der Lage zu sein bereit ist, bis zu 80 Stunden in der Woche zu arbeiten, fällt schon unter diese Kategorie. Wer über 40 ist, zählt schon als älterer Arbeitnehmer und bekommt unter Umständen ein geringeres Gehalt als zu Zeiten höherer Leistungsfähigkeit.“⁶²

Die Branche könne einen erheblichen Teil ihres Arbeitskräftebedarfs decken, wenn sie sich in den Beschäftigungsstrukturen flexibler zeige. So forderte denn auch Werner Dostal vom *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (IAB), „die Arbeitsbelastungen in den IT-Berufen [müssen] auf ein normales Maß reduziert werden und auch innovative Arbeitsformen eingeführt werden.“⁶³ Die Arbeitgeber dürfen nicht nur Flexibilität von ihren (potentiellen) Beschäftigten fordern, sondern müssen sie auch bei ihrer eigenen Personalpolitik unter Beweis stellen. Dostal stellt fest: „Die Unternehmer jammern zwar immer wieder über den Personalengpass, aber für die Beendigung dieses Missstands tun sie nicht allzu viel.“⁶⁴ Er rät den Unternehmen: „Verstärkt Umschulungen und Weiterbildungen für Seiteneinsteiger anbieten. Hat man gute Leute gewonnen, sollte man ihnen attraktive Aufstiegschancen

⁵⁹ Dostal, Werner: IT-Arbeitsmarkt: Chancen am Ende des Booms (= IAB Kurzbericht Nr. 19) vom 21. August 2002, Nürnberg 2002, S. 2

⁶⁰ „Mitarbeiter über 40: Zu alt für die Multimedia-Branche?“. In: Die Welt vom 31. März 2000

⁶¹ vgl. Hillmann: Migration, S. 53 f.

⁶² ebd., S. 54

⁶³ Dostal: „Green Card“ für Computerfachleute, IAB-Kurzbericht Nr.3/ 4. April 2000, S. 5

⁶⁴ Zit. nach „Personalnot in der IT-Branche oft hausgemacht“. In: Die Welt vom 11. November 2000

eröffnen und ihrer Arbeit die entsprechende Anerkennung zollen.“⁶⁵ Eine Geschäftspolitik der kurzfristigen Gewinnmaximierung steht häufig im Widerspruch zu einer mittel- und langfristigen Personalplanung. Wer die eigenen Mitarbeiter über Jahre hinweg unzumutbar be- und überlastet, sie dann bei nachlassender Leistungsfähigkeit entlässt und gleichzeitig die Ausbildungskapazitäten zurückfährt, der trägt erhebliche Mitverantwortung für die beklagte Fachkräfteknappheit. Die Weiterbildung älterer Beschäftigter und die verstärkte Qualifikation arbeitsloser IT-Fachkräfte sind Aufgaben, denen sich in einer Sozialen Marktwirtschaft auch die Wirtschaft stellen muss. Wer hier ausschließlich auf den Staat verweist, lenkt von eigenen Versäumnissen in der strategischen Personalplanung ab und ignoriert, dass auch die Wirtschaft soziale Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen muss.

Volkswirtschaftlich sinnvoll ist eine „Politik der ‚Frühverschrottung‘“, wie sie Thomas Selter von der *Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer* (ASU), nannte, nicht.⁶⁶ Mit kontinuierlich steigender Lebenserwartung setzen „Vergreisung“ und damit ein Nachlassen von Leistungswillen und Leistungsfähigkeit immer später ein. Im Gegenteil: Soziale Kompetenz nimmt mit dem Alter oft zu. Ihrer Lebenserfahrung wegen sind Führungskräfte älteren Jahrgangs sogar häufig gefragte Ratgeber bei Unternehmensgründungen. „Neuere Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass viele Fähigkeiten erst im Alter zur Entfaltung kommen, während andere, rein physisch bedingte, absinken können (Sehkraft, Hörvermögen, körperliche Belastbarkeit): dies sind aber Faktoren, die in einer hoch entwickelten Gesellschaft an Relevanz verlieren. Schließlich leben wir ja nicht mehr in Wäldern, im ständigen rein physischen Kampf ums Dasein. Das Alterungstempo ist im Übrigen individuell verschieden. Geduld und Erfahrung, Sozialkompetenz, Neugier und Kreativität werden in Zukunft wichtiger werden. Dies sind Eigenschaften, die nicht zwangsläufig mit höherem Alter zurückgehen müssen. Die schematische ‚Zwangverschrottung‘ älterer Arbeitnehmer zu einem immer früheren Zeitpunkt ist darum einfach anachronistisch“, stellt er zu Recht fest.⁶⁷ Das Herausdrängen der Älteren aus dem aktiven Arbeitsleben ist menschlich wie ökonomisch unvertretbar.

Man ist daher gut beraten, hinsichtlich eines behaupteten Fachkräftemangels nicht ungeprüft den Alarmismus von Lobbyisten zu übernehmen. So waren im August 2007 in Deutschland noch mehr als 24.000 Ingenieure arbeitslos.⁶⁸ Das IAB sieht daher gegenwärtig keinen allgemeinen Fachkräftemangel, allenfalls scheine ein „Mangel an jungen männlichen

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Thomas Selter: „Die jüngsten Rentner und die ältesten Berufsanfänger“. In: FAZ vom 2. Mai 2001

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ vgl. Biersack, Wolfgang; Kettner, Anja, Schreyer: Fachkräftebedarf: Engpässe, aber noch kein allgemeiner Ingenieurmangel (= IAB Kurzbericht Nr. 16 vom 4. September 2007), S. 3

Ingenieuren bestimmter Fachrichtungen zu bestehen.“⁶⁹ Berechnungen des *Instituts der Deutschen Wirtschaft*, wonach ein allgemeiner Fachkräftemangel schon 2007 zu einer Einbuße von einem Prozent des Bruttosozialprodukts geführt habe, hält das IAB für unplausibel. „Das Ergebnis impliziert“, so das IAB, „dass die deutsche Wirtschaft weitgehend unflexibel auf Arbeitskräfteengpässe reagiert. Das trifft jedoch nicht zu.“⁷⁰

4. Probleme der Zuwanderung und der Integration

Ein immer größerer Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung wird – spätestens seit Beginn der 1990er Jahre – dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Das gilt für viele europäische Länder, wie u. a. für Frankreich⁷¹. Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland vom Bedarf des Arbeitsmarktes abgekoppelt. Zuwanderer weisen seitdem überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten auf.⁷² Die Arbeitslosenquote türkischer Staatsangehöriger liegt seit Ende der 1970er Jahre an der Spitze der größeren Zuwanderergruppen.⁷³

Die Bundesrepublik verzeichnet in den vergangenen Jahren mehr als eine halbe Million arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer (644.000 im Durchschnitt des Jahres 2006)⁷⁴, zuzüglich noch einmal rund 300.000 Personen aus der „stillen Reserve“⁷⁵.

Die Arbeitslosenquote der Ausländer in Berlin lag im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2006 mit 41,4 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die Quote bei deutschen Staatsangehörigen (18,3 Prozent).⁷⁶ Das geht vor allem auf den Abbau von industriellen Arbeitsplätzen zurück, die in erster Linie von un- und gering qualifizierten Arbeitnehmern besetzt wurden.⁷⁷ Die Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt wirken sich vor allem für Zuwanderer nachteilig aus: „Fallen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe weg, so verlieren mehr Ausländer ihr Beschäftigungsverhältnis als Deutsche. Gelingt der Stadt hingegen eine wirtschaftliche Revitalisierung zugunsten neuer Industrien und einem Ausbau des Dienstleistungssektors, so

⁶⁹ ebd., S. 4

⁷⁰ ebd.

⁷¹ Estèbe, Philippe: Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells, in: Kimmel, Adolf; Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Länderbericht Frankreich, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gemeinschaft, Bonn 2005, S. 94 ff.

⁷² Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), 2007: Nationaler Integrationsplan, Arbeitsgruppe 3: „Gute Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen, Dokumentation des Beratungsprozesses, Bonn, S. 244

⁷³ ebd., S. 245

⁷⁴ Bundesagentur für Arbeit, 2007: Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer Januar 2007, S. 25

⁷⁵ Es handelt sich um Personen, die zwar rechtlich die Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme haben, denen aber keine Arbeitserlaubnis erteilt wird, weil es bevorrechtigte Deutsche oder EU-Staatsangehörige gibt. Für den Arbeitsmarkt sind sie verfügbar, aber arbeitslos, und dennoch als solches nicht registriert; vgl. Fuchs, Johann; Weber, Brigitte: Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspotentials für Westdeutschland (inkl. Berlin-West) (= IAB Forschungsbericht Nr. 15/2005), S. 60

⁷⁶ Daten zu Demographie, Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft, Bildung und rechtlichem Status (= Anlage 1 zum Berliner Integrationskonzept), Berlin 2006

haben sie wiederum aufgrund ihrer minderen Qualifikation geringe Chancen, eine neue Anstellung zu finden.“⁷⁸

Qualifikation ist auch für die Integration in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Aufgrund der günstigen Altersstruktur werden in den kommenden Jahren wesentlich mehr Ausländer (vor allem türkische Staatsangehörige) in den Arbeitsmarkt eintreten wollen als aus Altersgründen ausscheiden. Die Integration von Zuwanderern aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt geht seit Jahren zurück. Als ein seit Jahrzehnten gültiger Erfahrungssatz des deutschen Arbeitsmarktes gilt: „*Niedrige Qualifikation – hohes Arbeitsmarktrisiko*“.⁷⁹ 2005, so das IAB, lag die Arbeitslosenquote bei den Geringqualifizierten mit 26 Prozent fast drei Mal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (9,7 Prozent) und über sechs mal höher als bei den Akademikern.⁸⁰ Arbeitsmarktexperten kommen zu dem Schluss: „Weder ein Niedriglohnsektor noch ein Wirtschaftswachstum in realistischen Größenordnungen allein werden die Probleme der Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt lösen können.“⁸¹

Wenn die ethnisch-soziale Unterschichtung der deutschen Gesellschaft mit ihren Konfliktpotentialen nicht dauerhaft hingenommen werden soll, sind erhebliche Anstrengungen, die Integration in Bildungswesen und Arbeitsmarkt zu verbessern, unverzichtbar.

Für immer größere Gruppen der Gesellschaft, häufig mangelhaft qualifizierte Zuwanderer und ihre Nachkommen, stehen aufgrund des Strukturwandels keine Arbeitsplätze zur Verfügung. Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt wird daher immer mehr an Bedeutung gewinnen. Der Ausbau eines zweiten und vor allem dritten Arbeitsmarkts ist für diese Gruppen deshalb unverzichtbar.⁸²

Immer wieder wird behauptet, der Arbeitsmarkt bedürfe zusätzlicher Arbeitskräfte und deshalb müsse es weitere Zuwanderung geben. So empfehlen internationale Gremien bis heute das „Rotationsprinzip“⁸³ und argumentieren für die Arbeitsmigration in ähnlicher Weise wie in

⁷⁷ vgl. Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas, 2000: Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen, S. 105 ff.

⁷⁸ Friedrichs, Jürgen 1998: Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten? Neuere Befunde der Stadtsoziologie zum Verhältnis von Einheimischen und Zugewanderten in Deutschland, in: Heitmeyer, Wilhelm; Dollase, Rainer, Backes, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt/Main, S. 253

⁷⁹ Reinberg, Alexander; Hummel, Markus; 2005: Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit (= IAB Kurzbericht Nr. 9 vom 13. Juni 2005) Nürnberg, S. 1

⁸⁰ Reinberg, Alexander; Hummel, Markus: Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos (= IAB Kurzbericht Nr. 18 vom 26. September 2007, S. 5

⁸¹ Reinberg/Hummel: Höhere Bildung, S. 2

⁸² vgl. Dörre, Klaus: Entsteht eine neue Unterschicht? Anmerkungen zur Rückkehr der sozialen Frage in die Politik, in: soFid Industrie und Betriebssoziologie 2007/1, S. 24 f.; Deutscher Caritasverband: Stellungnahme zur Anhörung der „AG Arbeitsmarkt“ zum Thema „Dritter Arbeitsmarkt“ am 18. Oktober 2006

⁸³ Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für internationale Migration, Berlin 2005, S. 17

Westdeutschland in den 60er Jahren.⁸⁴ Auch die EU-Kommission spricht sich für eine intensiviertere „Politik zur Anwerbung von Wirtschaftsmigranten und zur Erleichterung ihrer Aufnahme“ aus.⁸⁵

Das ist angesichts der genannten Zahlen unplausibel. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten selbst darüber entscheiden, ob und wenn ja, in welchem Umfang sie Drittstaatsangehörigen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Die erste Aufgabe muss darin bestehen, den hier bereits lebenden Zuwanderern den Eintritt in gesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen. „Es ist nicht mehr die Frage, ob und wie viele qualifizierte Zuwanderer wir benötigen. Gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch geht es heute in erster Linie darum, die zu qualifizieren, d.h. mit Eintrittskarten für Wirtschaft und Gesellschaft auszustatten, die schon da sind.“⁸⁶ Dazu müssen in erster Linie die Qualifizierungsdefizite überwunden werden. Ein Akademikermangel kann nur dann verhindert werden, wenn die ausscheidenden geburtenstarken Jahrgänge durch deutlich besser qualifizierte geburtenschwächere Jahrgänge ersetzt werden.⁸⁷ Dies setzt eine Bildungsexpansion voraus, die noch aussteht.

„Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung sollte weiterhin nicht generell als Ausgleich für Versäumnisse in der Bildungspolitik fungieren ...“, stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fest.⁸⁸

Eine zunehmende Zuwanderung Geringqualifizierter würde Verdrängungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt verstärken, die Konkurrenz im Niedriglohnssektor und bei den „prekären Beschäftigungsverhältnissen“⁸⁹ verschärfen sowie die Gefahr einer weiteren Belastung der sozialen Sicherungssysteme mit sich bringen.⁹⁰

5. Begrenzte Steuerungsfähigkeit des Staates

Begrenzte Steuerungsfähigkeit ist ein wesentliches Kennzeichen des demokratischen Staates.⁹¹

Die „Internationalisierung des Arbeitsmarktes“⁹² seit den 1950er Jahren und die zunehmende

⁸⁴ vgl. ebd., S. 23 f

⁸⁵ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration“, Brüssel 2005, S. 13

⁸⁶ Strohmeier, Klaus Peter: Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet, Essen 2002, S. 62

⁸⁷ vgl. Biersack / Kettner / Schreyer: Fachkräftebedarf, S. 5

⁸⁸ Stellungnahme des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit für die Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 16. Januar 2002, S. 4

⁸⁹ vgl. Dörre, Klaus: Prekäre Arbeit und soziale Desintegration, in: vorgänge, H. 4/2006, S. 13-22

⁹⁰ vgl. Stellungnahme des Instituts: S. 5

⁹¹ vgl. zum Problem der Steuerungsfähigkeit: Benz, Arthur: Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse, München, Wien 2001, S. 213 ff.

⁹² Albrecht, Günter: Soziologie der geographischen Mobilität. Zugleich ein Beitrag zur Soziologie des sozialen Wandels, Stuttgart 1972, S. 67; Heckmann, Friedrich: Die Bundesrepublik als Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart 1981, S. 152

internationale Einbindung nach dem 2. Weltkrieg haben die Bedeutung der nationalstaatlichen Steuerungsebene im Hinblick auf die Zuwanderungen stark relativiert. Die Eigendynamik der einsetzenden Kettenmigration, humanitäre Selbstbindungen, die Spannung zwischen Effizienz und Rechtsstaatlichkeit von Verfahren gehören zu den Ursachen. Im Zuge der sich gegenwärtig vollziehenden Europäisierung des Asyl- und Zuwanderungsrechts gewinnt dieser Prozess eine neue Qualität. Das Recht, über den Aufenthalt von Nicht-Staatsangehörigen im Staatsgebiet zu entscheiden als Ausdruck staatlicher Souveränität, wird auf Restbestände reduziert. Internationale Instanzen – wie der EuGH – gewinnen immer mehr an Einfluss, was die Gestaltung aufenthalts- und asylrechtlicher Regelung angeht. Souveränität – im 20. Jahrhundert angesichts leidvoller Erfahrungen immer stärker eingehegt durch internationales Recht – wird auf diese Weise immer mehr eingeschränkt.⁹³ Gleichzeitig besteht die Absicht und auch die Chance, Zuwanderung in die EU (insbesondere bei größeren Flüchtlingsbewegungen) stärker als in früheren Jahren auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Wenn für die Wirtschaftspolitik festgestellt werden muss, dass sich infolge der Globalisierung immer mehr Unternehmen (und vor allem Kapital) staatlicher Regime entziehen⁹⁴, und „nationale Regierungen immer mehr die Kontrolle über klassische Politikfelder verlieren – Währungspolitik, makroökonomische Politik, öffentliche Finanzwirtschaft, Steuerpolitik und auch über die Gestaltung des Systems der industriellen Beziehungen“⁹⁵, so muss dies für die Zugangskontrolle zu westlichen Staaten, vor allem der EU, gleichfalls beobachtet werden.⁹⁶ Hinzu kommt der Widerspruch westlicher Politik, weltweit Organisationsprinzipien des Marktes durchzusetzen, dies aber für den Weltmarkt der Arbeitskräfte nicht gelten lassen zu wollen: „Die ökonomische Logik des Liberalismus verlangt Offenheit, die politische und rechtliche Logik verlangen eher Abschottung.“⁹⁷ Dieses „liberale Paradox“⁹⁸ erklärt auch, warum selbst „starke Staaten“ wie Frankreich in den 1960er und 70er Jahren Zuwanderungsprozesse nicht nachhaltig zu beeinflussen vermochten.⁹⁹ Staaten müssen Zuwanderung an nationalen

⁹³ vgl. Leibfried, Stephan; Zürn, Michael: Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation, in: dies. (Hrsg.): Transformationen des Staates? Frankfurt/Main 2006, S. 46 f.

⁹⁴ vgl. Genschel, Philipp; Uhl, Susanne: Der Steuerstaat und die Globalisierung, in: Leibfried, Stephan; Zürn, Michael (Hrsg.): Transformationen des Staates? Frankfurt/Main 2006, S. 92-119

⁹⁵ vgl. Leibfried, Stephan: Europäische Sozialpolitik – Richtern und Märkten überlassen?, in: WSI Mitteilungen 10/2006, S. 529

⁹⁶ vgl. Cornelius, Wayne A.; Tsuda, Takeyuki: Controlling Immigration: The Limits of Government Intervention, in: Cornelius, Wayne A.; Tsuda, Takeyuki; Martin, Philip L.; Hollifield, James F. (Hrsg.): Controlling immigration. A global perspective, Stanford 2004, S. 3-48

⁹⁷ Hollifield, James F.: Offene Weltwirtschaft und nationales Bürgerrecht: das liberale Paradox, in: Thränhardt, Dietrich; Hunger, Uwe (Hrsg.): Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat (= Leviathan Sonderheft 22/2003), Wiesbaden 2003, S. 37

⁹⁸ Hollifield, James F.: Immigrants, Markets, and States. The Political Economy of Postwar Europe, Cambridge, London 1992, S. 222 ff.

⁹⁹ ebd., S. 227

Interessen orientieren, sehen sich aber immer stärker an eigenständigem Handeln gehindert durch die Einbindung in nationale und internationale rechtliche Verbindlichkeiten.

Deshalb gibt es ein elementares Interesse, nicht noch weitere Wege ungesteuerter Zuwanderung zu öffnen. Politik muss mittel- und langfristige Folgen von Entscheidungen abschätzen, d. h. in diesem Fall prüfen, welche Wanderungsbewegungen durch einen EU-Beitritt der Türkei ausgelöst oder zumindest deutlich verstärkt werden könnten. Bis heute bestehen in der Türkei erhebliche wirtschaftliche und soziale Probleme, die die Wanderungsmotive in großen Teilen weiterhin bestehen lassen. So wachsen in den besonders schwach entwickelten Gebieten starke Generationen heran, für die die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rückständigkeit nur einen Weg weist: die Wanderung in die urbanen Zentren oder in das europäische Ausland. Gerade diese starken Jahrgänge verfügen über äußerst geringe formale Bildung und haben keine ausreichenden Chancen einer Integration in den heimischen Arbeitsmarkt. Bevölkerungswissenschaftler weisen darauf hin, dass es sich hier um das Zentrum eines bis weit in die Zukunft hinein bestehenden Auswanderungsdrucks handelt. „In einzelnen, wenig entwickelten Regionen der Türkei sind heute bis zu 50 % der Bevölkerung jünger als 15 Jahre. In den folgenden Jahrzehnten wird eine enorme Zahl junger Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen und eine berufliche Perspektive einfordern. Dabei haben diese Menschen in ihrer Mehrzahl keine Bildung genossen, die sie für Tätigkeiten in einer entwickelten Industriegesellschaft qualifiziert. Trotz erheblicher Fortschritte bei der Alphabetisierung liegt noch heute die Quote der nicht Schreib- und Lesekundigen bei den Frauen bei ca. 23 % (Männer 7 %). Der Anteil derjenigen Kinder im Sekundarschulalter, die eine weitergehende schulische Ausbildung genießen (also eine Schulbildung, die über die 8jährige Grundschulpflicht hinaus geht) liegt 2001 bei lediglich 43 %. Es ist nicht absehbar, ob die türkische Politik und Wirtschaftsentwicklung dieses Problem lösen können. Es entsteht ein enormes Potential an unqualifizierten Migranten, die in den türkischen Ballungszentren, aber auch in anderen europäischen Ländern eine wirtschaftliche Perspektive suchen werden. Für Deutschland, das den größten Teil der im Ausland lebenden Türken beherbergt, könnte dies eine besondere Herausforderung darstellen.“¹⁰⁰

Die stabilen Wanderungsbeziehungen zwischen beiden Ländern – drei Viertel aller türkischen Staatsangehörigen innerhalb der EU haben sich in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen – sprechen dafür, dass sich im Falle eines Beitritts ein erheblicher Teil des

100 Kröhnert, Steffen: Bevölkerungsentwicklung in der Türkei, S. 4, http://www.berlin-institut.org/pdfs/Kroehnert_Tuerkei.pdf [28. November 2005]

geschätzten Migrationspotentials von 4,4 Millionen Menschen¹⁰¹ in der Bundesrepublik niederlassen würde.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Bundesrepublik Deutschland das Mitglied der EU wäre, das am stärksten von einer Türkei-Mitgliedschaft in der Europäischen Union betroffen wäre.

Vor diesem Hintergrund erscheint es vordringlich, die Kräfte darauf zu konzentrieren, die gravierenden Probleme der hier dauerhaft lebenden und der jährlich neu hinzukommenden und zu integrierenden Menschen zu lösen, bevor über zusätzliche Zuwanderung gesprochen wird.¹⁰² Länder wie Frankreich, Großbritannien¹⁰³ und Deutschland sind weit entfernt davon, die Integration großer Zuwanderergruppen in Bildungswesen und Arbeitsmarkt zufrieden stellend gelöst zu haben. Im Gegenteil: Große Gruppen bilden ethnisch-soziale Unterschichten, die sich an den „Rändern der Städte“¹⁰⁴ konzentrieren. Sie werden dauerhaft ausgeschlossen, jeglicher Perspektive beraubt, marginalisiert. Dies werden sie auf Dauer nicht widerspruchslos hinnehmen, wie unter anderem die immer wieder aufflammenden Unruhen in den französischen Banlieues zeigen.¹⁰⁵ Die dauerhafte Randständigkeit ganzer Bevölkerungsgruppen in den Städten birgt jedenfalls erhebliches Konfliktpotential, und die Spannungen werden nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklungen zunehmen.¹⁰⁶

In Zeiten der Globalisierung, in denen das deutsche Modell des Sozialstaats zunehmend in Frage gestellt wird, wird das Konfliktpotential zwischen den Zuwanderern, die an den unteren Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, und den einheimischen Unterschichten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Leidtragenden der marodierenden französischen Jugendbanden waren nicht die bürgerlichen Schichten, sondern jene Einheimischen, die das Schicksal der Zugewanderten (in Hinsicht auf Bildungsstand, verfügbares Einkommen, Wohngegend und Marginalisierung) teilen. Deshalb geht es bei der Debatte um ethnische Kolonien und Integration auch um ein gesamtgesellschaftliches Problem.

¹⁰¹ vgl. Osteuropa-Institut München: „EU-Beitrittsreife der Türkei und Konsequenzen einer EU-Mitgliedschaft“, Working Papers Nr. 252, Januar 2004, S. 77

¹⁰² hierzu: Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise, Gräfelting 2007, S. 441 ff.

¹⁰³ vgl. Hillebrand, Ernst: Dicke Luft in Londonistan, Informationen des Büros London der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2006, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/london/03686.pdf> [10. Juni 2006]

¹⁰⁴ vgl. Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt am Main 2004

¹⁰⁵ vgl. dazu u.a. jüngst: Riedel, Sabine: Einwanderung: das Ende der Politik der Chancengleichheit, in: APuZ 38/2007, S. 40-46

¹⁰⁶ vgl. Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/Main 2005, S. 166 f.

Erfahren Zuwanderer die Aufnahmegesellschaft positiv, erhalten sie Chancen zu einem sozialen Aufstieg und zu wirtschaftlichem Erfolg, so wird sich in den allermeisten Fällen auch eine Identifikation mit dem Gemeinwesen einstellen. Meist bieten die Aufnahmegesellschaften mehr Entfaltungsmöglichkeiten und mehr Chancen als die Herkunftsländer, die diese Menschen nicht ohne Grund verlassen haben. Dennoch orientieren sich auch die Zuwanderer und erst recht ihre Nachkommen immer weniger an den Verhältnissen, die sie zurückgelassen haben, sondern zunehmend an den Verhältnissen im Aufnahmeland. Dies führt – bei Perspektivlosigkeit und dauerhafter Randständigkeit – zu Frustration.¹⁰⁷

Jugendliche Zuwanderer ohne positive Perspektive werden sich nicht mit dem Gemeinwesen identifizieren, in dem sie leben. In den ethnischen Kolonien sehen sie für sich weder die Chance, die Schule erfolgreich zu durchlaufen noch eine Möglichkeit, ins Berufsleben starten zu können, sie erleben sich in vieler Hinsicht als ausgeschlossen von den Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die diese Gesellschaft anderen bietet. Hier helfen nicht patriotische Töne weiter, sondern nur die grundsätzliche Verbesserung ihrer Lebensperspektiven.

¹⁰⁷ vgl. Esser, Hartmut: Soziologie. Spezielle Grundlagen, Bd. 2: Die Konstruktion der Gesellschaft, Frankfurt/Main 2000, S. 304

Zum Autor:

Dr. phil. Stefan Luft, geboren 1961, ist Politikwissenschaftler an der Universität Bremen. Nach dem Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München war er als Referent in der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin tätig. Von 1995 bis 1999 war er persönlicher Referent und Pressesprecher beim Senator für Inneres der Freien Hansestadt Breme, von 1999 bis 2004 stellvertretender Sprecher des Senats und Sprecher mehrerer Senatsressorts. Seine Arbeitsschwerpunkte an der Universität sind Politische Kommunikation sowie Migration und Integration. Dazu legte er zahlreiche Veröffentlichungen vor. Zuletzt erschien sein Buch „Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise“ (Resch-Verlag, Gräfelfing 2007, 477 S., 19,90 €)

<http://www.stefanluft.de/>

Veröffentlichungen (Auswahl):

Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise, Gräfelfing 2007

Ausländerpolitik in Deutschland. Mechanismen, Manipulation, Missbrauch, Gräfelfing 2003

„Staat und Migration. Anmerkungen zur Steuerungskrise“, in: Sozialwissenschaftliches Journal Nr. 5, Jg. II, H. 3 / Dezember 2007, S. 9-24

„Gelebter Patriotismus – Anmerkungen zu Patriotismus und Integration“, in: Hebeker, Ernst; Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese, München 2007 (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, Nr. 57), S. 65-74
<http://www.hss.de/downloads/AMZ57-Patrioten.pdf>

„Wege aus der Integrationskrise: Brauchen wir eine Neuausrichtung der Einwanderungspolitik der EU?“, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 8/2007, S. 261-267
http://www.zar-online.info/zar/hefte/Aufsatz_zar_07_08.pdf